Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 322 | Montag, den 19. November | Jahrgang 1928

Das Zentrum und die Aussperrung.

Von unserer Berliner Redaktion.

= **Berlin**, 18. November.

Die Entscheidung im Reichstag über die vom sozialpolitischen Ausschuß beantragten Hilfsmaßnahmen für die Ausgesperrten ist nicht befriedigend ausgefallen. Der Grund lag zum großen Teile darin, daß die gesetzgeberische Materie außerordentlich kompliziert ist und sich sehr starke Widerstände gegen alle denkbaren Kompromißversuche bei der Deutschen Volkspartei ergeben hatten. Für das Zentrum war maßgebend, daß unter allen Umständen sowohl den ausgesperrten Arbeitnehmern, als auch dem durch die Aussperrung im Westen geschädigten Mittelstand, sowie auch den dadurch betroffenen Gemeinden eine Entlastung geboten würde. Die Sicherung der Bereitstellung von Mitteln seitens des Reiches und Preußens erlaubte keinen längeren Verzug. Es mußte versucht werden, auf sofort solchen Gemeinden Mittel zur Verfügung zu stellen, die nicht in der Lage sind, sie aus eigener Kraft aufzubringen. Man hat sich mit einer Lösung begnügt, die es der preußischen Regierung ermöglicht, auf dem Verwaltungswege schnelle Anordnungen zu treffen, um die Notstandsmaßnahmen zu regeln, die alle betroffenen Kreise nach Möglichkeit befriedigt. Aus diesem Grunde wurde eine Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, in Verbindung mit Preußen die erforderlichen Mittel sicherzustellen. Es wird sich dabei um nicht unerhebliche Summen handeln. Man spricht von der Notwendigkeit, insgesamt 20 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, deren Verteilung durch Preußen erfolgt. Die Gemeinden werden nicht restlos aus ihrer Unterstützungspflicht entlassen, aber ihre Beitragspflicht wird auf diese Weise geringer. Auch ist anzunehmen, daß die preußische Regierung Vorsorge dafür treffen wird, daß den besonders leistungsschwachen Gemeinden eine über den Durchschnitt hinausgehende Unterstützung zuteil wird. Neue Richtlinien für die Verteilung der Mittel sind deshalb erforderlich, weil die heutigen auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung bestehenden für den vorliegenden Fall nicht geeignet erscheinen, denn nach der Fürsorgepflichtverordnung ist in jedem einzelnen Falle die Frage der Bedürftigkeit zu prüfen, was bei der gewaltigen Zahl der ausgesperrten Arbeiter technisch überhaupt nicht möglich ist. Dazu kommt, daß die Unterstützungen nach der Fürsorgepflichtverordnung zurückgezahlt werden müssen, was man von den ohne Schuld ausgesperrten notleidenden Arbeitern in diesem Falle nicht verlangen kann.

Der Hauptstreit ging darum, ob auch die organisierten Mitglieder der Gewerkschaften diese Unterstützung erhalten sollen. Das Zentrum bejahte diese Auffassung und erhob schärfsten Widerspruch gegen die Versuche, nur den unorganisierten Arbeitnehmern eine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es geht nicht an, durch gesetzliche Maßnahmen den Unorganisierten eine Prämie für ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Gewerkschaften aus öffentlichen Mitteln zu verschaffen. Auch auf diesen Gesichtspunkt wird die preußische Regierung Rücksicht nehmen müssen. Wenn sie entsprechende Anweisungen auf dem Verwaltungswege erläßt, so ist durch die Beschlüsse des Reichstags das eine erreicht, daß die Gemeinden auf schnellstem Wege von ihren finanziellen Sorgen befreit und allen ausgesperrten Arbeitnehmern und Unterstützungsbedürftigen Unterstützungen gezahlt werden können.

Es ist ein besonderer Erfolg des Zentrums, daß sein Antrag auf steuerliche Erleichterung für den betroffenen Mittelstand und die Landwirtschaft und erforderlichenfalls Notstandsmaßnahmen für die gleichen Kreise angenommen ist und daß der Reichsarbeitsminister in Uebereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister erklären konnte, daß die zuständigen Landesfinanzämter bereits angewiesen sind, die notwendigen Maßnahmen nach dieser Richtung zu treffen.

Die Anträge des Zentrums auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung für den Fall, daß trotz einer Verbindlichkeitserklärung die Aussperrung oder sogenannte Sympathieaussperrungen erfolgen, fanden keine Mehrheit im Ausschuß. Die Anträge des Zentrums zur relativen Friedenspflicht bei Tarifverträgen paritätisch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben bei allen Parteien eine starke Beachtung gefunden. Es wurde restlos zugegeben, daß das Zentrum durch diese Anträge eine empfindliche Lücke in der Gesetzgebung aufgedeckt hat. Eine Mehrheit für diese Anträge war im gegenwärtigen Augenblick leider noch nicht zu erzielen, auch nicht für eine Entschließung, die das Zentrum im Ausschuß noch eingebracht hatte, die die Reichsregierung auffordert, bald gesetzgeberische Maßnahmen paritätischer Art gegenüber Sympathieaussperrungen und Sympathiestreiks zu treffen in dem Sinne, daß die wachsende Tendenz zu einer derartigen Taktik im Interesse des Wirtschaftsfriedens möglichst unterbunden werden sollte. An und für sich wäre es wünschenswert gewesen, wenn einmal durch eine klare Abstimmung bewiesen worden wäre, wie sich die Parteien zu der vom Zentrum im wesentlichen allein geforderten Sicherung des Wirtschaftsfriedens und der Friedenspflicht sowohl von Seiten der Arbeitgeber, wie von Seiten der Arbeitnehmer stellten. Das Zentrum hat es aber vorgezogen, seine entsprechenden Anträge jetzt nicht einer Ablehnung auszusetzen, sondern sie im Ausschuß aufrecht zu erhalten mit dem Ziel, sie in einer ruhigeren Zeit zur Grundlage für eine Revision des Schlichtungswesens zu machen. Das Zentrum ist entschlossen, auf diesem Wege weiterzuschreiten, die Autorität der Verbindlichkeitserklärung zu sichern und den Gedanken der Friedenshaltung bei gültig abgeschlossenen Tarifverträgen auch in der Gesetzgebung durchzusetzen.

Durch einen weiteren Antrag hat das Zentrum dem Reichsarbeitsminister nahegelegt, daß er bei so großen Konflikten in einem früheren Stadium die Initiative zu einem Ausgleich ergreift. Es geht von dem Standpunkt aus, daß unter allen Umständen der Gedanke kollektiver Tarifverträge erhalten und ihre Durchführung gesichert werden muß. Maßnahmen, die, wie im vorliegenden Fall geeignet sind, trotz der Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches die Arbeiter auszusperren und einen ungeheuren Gegensatz in der gesamten Bevölkerung hervorzurufen, müssen nach den Grundanschauungen des Zentrums und nach den Intentionen seiner Anträge künftig ausgeschlossen werden. Einmütig steht die Fraktion auf dem Standpunkt, daß es den Arbeitgebern möglich gewesen wäre, ihre Rechtsanschauung durchzufechten, ohne zu einer Aussperrung zu kommen. Es kann im Interesse der Gesamtheit nicht verantwortet werden, eine Lücke in der Gesetzgebung zu mißbrauchen, um den Frieden zu stören und geradezu eine Wirtschaftskatastrophe nicht nur für die beteiligten Arbeitnehmer, sondern in der gesamten Wirtschaft heraufzubeschwören.

Das Zentrum hat bei den Beratungen wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es wünschenswert gewesen wäre, wenn die Unternehmer sich vorher einmal auch über die finanziellen Konsequenzen für die Gemeinden und über die Gefahr der Notwendigkeit höherer Kommunalsteuern auf Grund der Erfahrungen des englischen Bergarbeiterkampfes vor zwei Jahren Gedanken gemacht hätten. Wenn solche Erwägungen von der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie angestellt worden wären, dann würde sie auch wohl im eigenen Interesse einen anderen Weg für die Austragung der Streitigkeiten gefunden haben. Wenn das Zentrum sich bei den Beratungen in der Kritik der Unternehmerseite nicht hat zu Schärfen verleiten lassen, so geschah dies aus dem Grund, um die in Gang befindlichen Verhandlungen nicht zu stören.

Heute Stresemann-Rede im Reichstag.

Das weitere Arbeitsprogramm des Parlaments.

× **Berlin**, 18. Nov. Für die außenpolitische Debatte, die am Montag von Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Reichstag eingeleitet werden wird, sind zwei Tage in Aussicht genommen. Am Dienstag soll die Reichstagssitzung früher als üblich beginnen, weil die Debatte in der am Montag nur einige Parteiredner zum Wort kommen, unter allen Umständen am Dienstag zu Ende geführt werden soll. Der Rest der Woche bleibt, wie wir hören, sitzungsfrei wegen des Bußtages und der Verhandlungen des Parteiausschusses der Deutschen Volkspartei. Für den am Montag der darauf folgenden Woche beginnenden Tagungsabschnitt des Reichstages liegt nicht mehr viel Beratungsstoff vor. Es ist möglich, daß der Sozialpolitische Ausschuß während der Pause in dieser Woche die Novelle zur Unfallversicherung für das Plenum fertig stellt; dann würde dieser Entwurf am Montag, den 26. Nov., zunächst zur Beratung kommen, sonst steht nur noch die Besprechung kommunistischer Interpellationen aus. Daher ist damit zu rechnen, daß dieser neue Tagungsabschnitt ziemlich kurz ausfällt und bald eine neue Pause, bis nach dem Zentrumsparteitag, also bis über Sonntag, den 9. Dezember, hinaus, in den Beratungen des Reichstages eintritt.

★

Die Reparationsfrage.

Von unserer Berliner Redaktion.

⊙ **Berlin**, 18. Nov. (Drahtb.)

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird am Montag im Reichstag dem deutschen Volke einen Rechenschaftsbericht über die auswärtige Politik der letzten Monate geben und dabei ohne Zweifel vor allem die Probleme beleuchten, auf deren Lösung wir bisher vergeblich gewartet haben. Die Räumungsfrage steht im Augenblick nicht im Vordergrund, dagegen beansprucht die endgültige Regelung des Reparationsproblems unser vollstes Interesse. Eine geordnete Finanzgebarung ist nicht denkbar, wenn die finanziellen Verpflichtungen des Reiches nicht klar umrissen sind. Einstweilen läßt sich noch nicht übersehen, welche konkreten Forderungen unsere ehemaligen Kriegsgegner an uns zu stellen beabsichtigen. Die in manchen Kreisen genannten Summen, die ein ungeheuerliches Ausmaß haben, dürften den Tatsachen nicht entsprechen. In Paris und London weiß man auch, daß Deutschland niemals in der Lage wäre, auf 60 Jahre hinaus alljährlich den Betrag von 2,2 Milliarden Mark abzuführen. Soweit wir unterrichtet sind, wurden bei den Verhandlungen, die in der letzten Zeit stattgefunden haben, solche Forderungen nicht erhoben. Aber selbst wenn sich der gegnerische Anspruch auf die Hälfte sowohl der Zeit wie der Summen reduzieren würde, so wäre die deutsche Leistungsfähigkeit immer noch falsch beurteilt. Wenn wir bisher unsere aus dem Dawesabkommen entspringenden Verpflichtungen nachkommen konnten, so geschah dies nur, weil uns ausländische Anleihen die Möglichkeit hierzu verschafften. Nach den Bestimmungen des Dawesplanes sollen aber unsere an Frankreich, England usw. zu leistenden Zahlungen aus den Ueberschüssen der deutschen Wirtschaft genommen werden. Es wird also der Gegenseite zunächst einmal bewiesen werden müssen, daß die deutsche Wirtschaft so gut wie keine Ueberschüsse abwirft. Ohne Zweifel werden in der bevorstehenden außenpolitischen Debatte derartige Gedankengänge aufgezeigt werden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Redner aller Parteien an das Thema Reparation halten möchten. Wie man jedoch hört, sollen sich die Deutschnationalen mit der Absicht tragen, aus ihrer Oppositionsstellung heraus die Außenpolitik in ihrem gesamten Umfange in den Bereich der Diskussion zu ziehen. Einen Nutzen können wir uns hiervon nicht versprechen. Die Forderung der Stunde lautet: Erzielung einer Einigkeit über die Reparationszahlungen. Alles andere, was zur Klärung der deutschen Außenpolitik zu sagen ist, kann bei gegebener Gelegenheit z. B. bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes vorgebracht werden. Dies gilt sowohl für die Regierung wie für die Oppositionsparteien. Für das Zentrum wird Abgeordneter Prälat Dr. Kaas sprechen. Die Sozialdemokraten beabsichtigen den Abgeordneten Breitscheidt vorzuschicken, und für die Deutschnationalen wird voraussichtlich Graf Westarp das Wort ergreifen.

★

Die Haltung Belgiens bei den kommenden Verhandlungen.

÷ **Paris**, 18. Nov. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" berichtet über die Haltung Belgiens zu den bevorstehenden Reparationsverhandlungen, daß zwischen den interessierten Regierungen eine Einigung über die Ernennung von unabhängigen Sachverständigen erzielt sei und nur noch das Arbeitsprogramm des Sachverständigen-Komitees festgesetzt werden müsse. Hinsichtlich des Programms vertrete man in Brüssel die Auffassung, die Beratungen müßten sich im Rahmen der bestehenden Verträge und Abkommen und insbesondere innerhalb der Grenzen des Dawesplanes halten. Die Zahlungsfähigkeit des Reiches sei bei der Ausarbeitung des Dawesplanes mit Mäßigung eingeschätzt worden und die Erfahrung der letzten fünf Jahre beweise zur Genüge, daß die Zahlungsfähigkeit nicht überschätzt worden sei (?). Offenbar seien einige Persönlichkeiten mit Parker Gilbert der Ansicht, man müsse dem Reiche seine volle Oberhoheit zurückgeben, die Transferbestimmungen aufheben und die Annuität auf zwei Milliarden jährlich vermindern. Diese These werde in Brüssel heftig bekämpft, wo man mit gewissen ausländischen Nationalökonomen der Meinung sei, das Transferproblem habe nicht die Bedeutung, die man ihm in der Theorie beimesse. Was die 6 Milliarden Mark aus der Zeit der Besatzung Belgiens anlange, so hofften die Belgier als Ausgleich eine ausreichende Entschädigung zu erhalten. Der soeben abgeschlossene deutsch-rumänische Vertrag scheine nach dem in Brüssel bekannten Inhalt der These und den Interessen Belgiens in dieser Angelegenheit günstig zu sein. Bezüglich des Tagungsortes der Konferenz sei bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen.

Das Ersatzbauprogramm der Marine

× **Berlin**, 18. Nov. Wie in parlamentarischen Kreisen laut einer Meldung des „Demokratischen Zeitungsdienstes" verlautet, ist damit zu rechnen, daß der von den Demokraten gestellte Antrag auf Vorlegung eines militärtechnisch begründeten Ersatzbauprogramms für die ausfallenden Schiffe der Reichsmarine im Haushaltsausschuß angenommen wird. Die Marineleitung werde dem Reichstage ihre Pläne mitteilen müssen, die sich erstrecken auf den Bau des Panzerkreuzers A, auf die Inangriffnahme des Baues von drei weiteren Panzerkreuzern und auf die Fortführung der begonnenen Bauten der kleinen Kreuzer D und E. Im laufenden Marinehaushalt betrug die zu bewilligende Summe für Schiffsbauten und Armierung 57 592 000 Mark, während sie im Jahre 1927 sogar 66 195 000 Mark betrug. Für die kleinen Kruzer D und E müssen noch 30 317 000 Mark bewilligt werden. Im einzelnen stellen sich die Baukosten für den Kreuzer D auf 36 442 000 Mark, während der Kleine Kreuzer E mit 41 875 000 Mark in Ansatz gebracht worden ist. Die Höhe der zweiten Rate für den Panzerkreuzer A ist im Augenblick noch nicht endgültig festgesetzt, doch ist damit zu rechnen, daß sie etwas größer als die erste Rate ist, die 9,3 Millionen Mark beträgt. Der Bau des Panzerkreuzers A wird 4 Jahre dauern. In welchen Haushalt die erste Rate für den Panzerkreuzer B eingesetzt wird, ist ebenfalls noch nicht entschieden.

Die Grundlage für Verständigung im Eisenkonflikt gefunden.

Noch kein Abschluß der Düsseldorfer Verhandlungen.

Düsseldorf, 17. Nov. Die gemeinsamen Verhandlungen beider Parteien im Eisenkonflikt beim Regierungspräsidenten Bergemann, die heute vormittag begannen, zogen sich bis gegen 11 Uhr abends hin, führten aber zu keinem endgültigen Abschluß. Beide Parteien glauben jedoch in dem Ergebnis der Verhandlungen die Grundlage gefunden zu haben, die zu einer Verständigung führen wird. Die nächsten gemeinsamen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Bergemann sind für Montag vormittag 9 Uhr angesetzt.

★

Dreizehn Stunden lang haben am Samstag die Einigungsverhandlungen gedauert. Bei ihrem Schlusse wurde das Ergebnis festgestellt, das obige Meldung enthält. Diese ist offensichtlich mit Absicht vorsichtig abgefaßt. Sie verrät noch nichts, worin die Grundlage besteht, die nach Ansicht beider Parteien zu einer Verständigung führen wird. Aber schon die Mitteilung, daß man die Grundlage dazu gefunden zu haben glaubt, darf mit Genugtuung begrüßt werden. Hoffentlich werden am heutigen Montag die letzten Formulierungen gefunden, damit dann schleunigst die Aussperrung beendet wird. Offensichtlich erweist sich Regierungspräsident Bergemann als ein sehr geschickter Vermittler. Wenn es ihm gelingt, seine an sich schon sehr dankenswerten Bemühungen um eine friedliche Verständigung der beiden Parteien zum erfolgreichen Abschluß zu bringen — und es scheint ja, daß es gelingen wird — dann wird man auf allen Seiten ihm das als eine ganz besondere Leistung und hohes Verdienst anschreiben und nur bedauern, daß sein vermittelndes Eingreifen nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt möglich war.

★

Eine kleine Kommission für die weiteren Beratungen.

× **Berlin**, 18. Nov. Ueber die ersten gemeinsamen Besprechungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in der nordwestlichen Gruppe berichten die Blätter: Während noch vor dem Beginn der Verhandlungen in Gewerkschaftskreisen allgemein mit einem ergebnislosen Abbruch der Vermittlungsaktion des Regierungspräsidenten gerechnet wurde, ist es nunmehr gelungen, ein positives Verhandlungsergebnis herbeizuführen und eine gewisse Annäherung der Parteien zu erzielen. Es wurde eine kleine Kommission ernannt, die umgehend in die Beratung des gesamten Fragenkomplexes eintritt.

Die Wahlreform.

Berlin, 17. Nov. Bei dem Wahlreformgesetzentwurf, den das Reichsministerium des Innern ankündigt, handelt es sich um den bekannten Kaasenbergschen Vorschlag: Festhalten am Proporz, verkleinerte Wahlkreise, verkürzte Reichsliste durch Zusammenfassung der Reststimmen in Wahlkreisverbänden. Das Reichsministerium des Innern ist dafür, daß der Entwurf nicht als Referentenentwurf zur Aussprache gestellt wird, die uferlos sein wird, sondern als förmlicher Gesetzentwurf den gesetzgebenden Stellen zugeht.

Verfassungsrevision in Oesterreich?

Von unserem Wiener Korrespondenten.

◇ **Wien**, 17. November.

Ein fremder Beobachter, der etwa vor fünf Wochen in Oesterreich die Bürgerkriegs-Psychose vor dem 7. Oktober in Wiener-Neustadt miterlebte und jetzt neuerdings durch Wien durchkommt, muß das Gefühl eines völligen Szenenwechsels haben. Jetzt ist überall die Stimmung des 10jährigen Staatsjubiläums fühlbar, in dem das österreichische politische Vokabularium um zwei wichtige Worte bereichert wurde: Staatsgefühl und Staatsgesinnung. Die notwendig weitere Perspektive des Rückblickes über zehn Jahre hat in mehr als einem Oesterreicher den Wunsch lebendig gemacht, endlich auch in die Zukunft voraus mit größerem Maßstab zu rechnen. Die Parteien merken diese Stimmung vor allem in einer gewissen Müdigkeit ihrer Wähler. Die reinen Parteiprogramme, die Kampfziele des Tages, finden keine richtige Teilnahme mehr. Das drängt zur Aktion; die Großdeutschen haben einen Antrag auf Ausbau der Verfassung gestellt, der durch mannigfache Veränderungen dem einfachen Mann die Demokratie wieder schmackhafter machen soll. Und die Sozialdemokraten beantragen, das Volksbegehren, das bereits grundsätzlich von der österreichischen Verfassung vorgesehen ist, nun auch praktisch einzuführen. In allen Lagern möchte man die politische Macht, der sich die Parteileitungen nicht mehr ganz sicher glauben, besser verteilen, solange es noch Zeit ist.

Dieser allgemeinen Stimmung hat nun in seiner Ansprache an den Bundespräsidenten anläßlich der Republikfeier der Bundeskanzler Seipel einen klaren, juristisch abgegrenzten Ausdruck gegeben. Er hat zunächst die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung festgestellt und am nächsten Tag den politischen Parteien schon mit Einzelheiten ausgeführt, wie er sich diese Aenderungen vorstellt. Der Präsident soll erweiterte Befugnisse erhalten; zweifellos überschärft es die österreichischen Parteigegensätze dauernd noch weiter, daß keine wirkliche Ueberparteiliche Instanz in der Verfassung vorgesehen ist, die, ohne rechts oder links unmittelbar beteiligt zu sein, jeweils den Anfangspunkt für die mittlere Linie zwischen den widerstreitenden Interessen setzen kann. Denn die österreichische Verfassung beschränkt den Bundespräsidenten auf repräsentative und formale Akte, die eigentlichen Handlungen anderer republikanischen Staatsoberhäupter, Berufung der neuen Regierung, Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen, sind dem Parlament selbst vorbehalten. Seipel schlägt nun vor, die Rechte des österreichischen Bundespräsidenten denen des deutschen Reichspräsidenten nachzubilden, ihm Regierungsernennung und Auflösungsrecht zuzubilligen, also auch hier nur — wie in zahlreichen anderen Gebieten — eine Rechtsangleichung an Deutschland durchzuführen. Und als Gegengewicht direkte Wahl durch das Volk, nicht wie bisher indirekte durch Nationalrat und Bundesrat.

Merkwürdigerweise hat nun die österreichische Sozialdemokratie diesem Vorschlag nicht zugestimmt. Sie hat sich hinter die allgemeine Phrase versteckt, eine direkte Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk schließe „cäsaristische" Gefahren in sich. Ein bloßer Vorwand, ihr Widerstand ist rein politisch. Der Vorschlag Seipels bedeutet bei der heutigen Lage auch in der Tat nicht weniger, als daß nun eine ganz neue Phase der österreichischen Politik möglich geworden ist.

Was war bisher die ärgste Schwierigkeit der österreichischen Innenpolitik? Alle bisherigen Nationalratswahlen haben sich nicht nach der Wirkung vollzogen, die von den einzelnen Parteiprogrammen auf die Bevölkerung ausgegangen ist, sondern die Stimmenabgabe hat sich durch ganz allgemeine, gleichsam überparteiliche Erwägungen verfälscht. Die Frage des Mieterschutzes hat schon bei zwei Wahlen derart vorgeherrscht, daß die Sozialdemokraten gewiß sehr viele Stimmen nur deshalb erhielten, weil viele im übrigen gar nicht sozialistisch Gesinnte meinten, sich durch diese Stimmenabgabe den heutigen Zustand des Wohnens ohne Miete erhalten zu können. Nun aber würde gleichzeitig durch die Verfassungsänderung auch das Volksbegehren in den Vordergrund gerückt werden, das heißt, daß man eine ganze Reihe der großen Streitfragen, die auch als „Schlager" des Wahlkampfes die Entwicklung bestimmen, aus der eigentlichen Parteipolitik ausgeschaltet würden. Wenn die Möglichkeit besteht, daß das Volk über Fragen des allgemeinen Charakters unmittelbar entscheidet, wird die parlamentarische Arbeit notwendig versachlicht. Die Reibungsflächen verringern sich zumindestens um jene Teile, die am leichtesten entzündlich, also die gefährlichsten waren.

Man kann eine solche Möglichkeit umso sicherer erhoffen, als die Sozialdemokraten sich, wie die Dinge jetzt liegen, der von den Bürgerlichen aufgeworfenen Fragestellung gar nicht mehr entziehen können. Denn alle Wege, die sie jetzt wählen können, führen schließlich zu demselben Ergebnis. Entweder sie nehmen nach kürzerem oder längerem parlamentarischen Kampf die Vorschläge der Mehrheitsparteien im Nationalrat an, dann ist eben auf dem Wege der üblichen Gesetzgebung der neue Zustand erreicht, der eine nach anderen, jedenfalls geklärten Gesichtspunkten bestimmte Verteilung der politischen Kräfte zur Folge hat. Oder die Sozialdemokraten widersetzen sich den Absichten der Mehrheit und treiben zu Neuwahlen. In diesem Falle wird der einfache Mann sich immer daran erinnern, daß die Mehrheit ja bereit war, die Fragen, die die Sozialisten jetzt als „Wahlschlager" vorbringen, ohnehin dem Volksbegehren vorzulegen. Und die Sozialisten müssen damit rechnen, daß man sie weit weniger als Verteidiger der Volksrechte, wie als Verfechter parteiegoistischer Interessen ansieht. Außerdem würde in diesem Falle zweifellos die Frage Gesundung des Staates und Verfassungsänderung zur eigentlichen Wahlparole! Es genügt die Besinnung auf die Heimwehrbewegung und zugleich auf die radikalen Elemente in der sozialdemokratischen Partei um die Gefahren solcher Fragestellung für die Opposition zu erkennen. Auf der einen Seite würden sehr viele, die eine friedlichere Staatsentwicklung wünschen, endgültig von der eigensinnigen Opposition um jeden Preis zu den staatsbejahenden Parteien abschwenken, andererseits müßte das sozialistische Programm eben mit Rücksicht auf die allgemeine Stimmung soviel Zugeständnisse an den gegenwärtigen Staat machen, daß der kommunistische Flügel wenig Mühe hätte, mit Hilfe aller Unzufriedenen zu eigenen Mandaten vorzudringen. Das ergibt jedenfalls eine neue Situation, die Starrheit des „Schützengrabenkrieges", der jetzt durch lange Zeit zwischen den beiden großen Parteien Oesterreichs herrschte, ist gebrochen. Schon die nächsten Wochen werden zeigen, ob die weitere Entwicklung mit parlamentarischen Gefechten oder nur auf dem Umwege einer neuen großen Wahlschlacht zu erreichen ist. (Bei einer Aussprache über die Verfassungsrevision, die heute im Finanzausschuß des Nationalrates stattfand, erwiesen sich die Sozialdemokraten erneut als schroffe Gegner der von Seipel erstrebten Verfassungsrevision. Ihr Führer Otto Bauer erklärte u. a., man müsse sich sogar die Frage vorlegen, ob ein Bundespräsident überhaupt notwendig sei.)

Die Schubert-Feier in Wien.

☒ **Wien**, 17. Nov. Bundespräsident Hainisch empfing heute die aus Anlaß der Schubert-Feier in Wien versammelten Oberbürgermeister deutscher und österreichischer Städte. Zu Ehren der deutschen Gäste fand ferner im Rathaus beim Bürgermeister Seitz ein Empfang statt, an dem 800 Personen teilnahmen. Im Laufe des Empfanges dankte der Berliner Oberbürgermeister Böß in einer längeren Ansprache für den herzlichen Empfang der deutschen Oberbürgermeister in Wien, worauf Bürgermeister Seitz erwiderte. Abends fand im Großen Musikvereinssaal unter Leitung Prof. Robert Hegers die Aufführung von Schuberts Es-dur-Messe statt.

+ **Wien**, 18. Nov. Den Höhepunkt der Schubert-Hundertjahrfeier der Bundesregierung bildete heute der Festakt im Großen Konzerthaussaal, an dem u. a. der Bundespräsident, der Bundeskanzler mit mehreren Ministern, das gesamte diplomatische Korps, die Oberbürgermeister der deutschen Städte teilnahmen. Nach einer Begrüßung der Ehrengäste durch Bundesminister Schmitz, ergriff Bundespräsident Dr Hainisch das Wort. Er warf einen Rückblick auf die Wandlungen, die Oesterreich seit einhundert Jahren erfahren hat und sagte dann: Aus Schubert spricht das Herz des deutsch-österreichischen Volkes. Wir erfüllen hier eine patriotische Pflicht, wenn wir heute seiner gedenken. In diesem Gedenken hegen wir die Zuversicht, daß auch in Zukunft große Musiker aus dem Heimatboden erwachsen werden, um uns über trübe Gedanken und die kleinen Sorgen des Alltags hinwegzuhelfen. Bundeskanzler Dr. Seipel betonte in seiner Ansprache: Daß die Gedenkfeiern für Beethoven im Vorjahre und jetzt für Franz Schubert gewissermaßen eine Mahnung aus dem Jenseits seien, über den Alltagssorgen die geistigen und künstlerischen Aufgaben nicht zu vergessen, die Oesterreich das Vermächtnis der Vorfahren auferlegt. Für Oesterreich und seine Regierung lege er in dieser Stunde das Bekenntnis ab: Wir hören die Mahnung aus dem Jenseits und verstehen sie: Wir wollen nicht untergehen im Ringen um die materiellen Güter allein. Hierauf würdigte der Rektor der Musikhochschule, Prof. Franz Schmidt, die nationale und übernationale Bedeutung Franz Schuberts, worauf die weihevolle Feier mit der Hymnus „Gott in der Natur" schloß. Im Laufe des Nachmittags und des Abends fanden weitere Schubert-Feiern und Konzerte, sowie die Enthüllung eines Schubert-Brunnens im neunten Bezirk, in dem Schubert geboren wurde, statt.

Die Wahlen in Australien.

÷ **Melbourne**, 17. Nov. In Australien haben heute die Parlamentswahlen begonnen. Der Wahlkampf war außerordentlich erbittert. Nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen scheinen die meisten Parteiführer wiedergewählt zu sein, unter ihnen auch der Premierminister des australischen Gemeinwesens Bruce.

× **Melbourne**, 18. Nov. Die vorliegenden Ergebnisse der Wahlen zum Repräsentantenhaus des australischen Bundes lassen einen Stimmgewinn der Arbeiterpartei erkennen, die voraussichtlich die Zahl ihrer Mandate von 27 auf 29 erhöhen wird, während die nationalistische Regierungspartei dem entsprechend von 48 auf 46 Sitze zurückgehen dürfte.

Schwere Sturmschäden.

Im Rheinland.

)(**Köln**, 17. Nov. Der starke Sturm der vergangenen Nacht hat an zahlreichen Stellen der Stadt Köln und ihrer Vororte teilweise erhebliche Schäden angerichtet. Häuser wurden abgedeckt, Baugerüste, Zäune, Telegraphenmasten und sogar mehrere Litfaßsäulen umgelegt. Besonders zahlreich sind die durch Funkenflug entstandenen Kaminbrände, die aber sämtlich von der Feuerwehr gelöscht wurden, bevor größerer Schaden angerichtet war. Insgesamt wurde die Feuerwehr 23mal zur Hilfeleistung gerufen. In der Düsseldorfer Gegend wurden viele Bäume entwurzelt und Telegraphenmasten umgelegt. In Aachen setzte kurz nach 5 Uhr ein wolkenbruchartiger Regen ein, dem ein Wirbelsturm folgte. Im Jugendheim der Pfarre St. Johann in Burscheid hob der Sturm einen Teil des Daches mit dem Balken ab und warf die ganze Last auf den daneben liegenden Bauplatz. In Elberfeld und Barmen richtete der orkanartige Sturm gleichfalls ziemlichen Sachschaden an, ebenso in anderen Städten des bergischen Landes.

★

Ueberschwemmungen auf Sylt.

◇ **Hamburg**, 17. Nov. Von der Insel Sylt wird berichtet, daß der Sturm in der vergangenen Nacht in Böen die Stärke 11 erreichte. In Westerland wurden noch vormittags erwachsene Personen auf der Straße umgeweht. Die Schäden in den einzelnen Orten lassen sich wegen der Störungen in den telephonischen Verbindungen noch nicht abschätzen. Bei Keitum sind 60 Schafe ertrunken. Die Ländereien im südlichen Teil der Insel wurden überschwemmt. Die Westerländer Promenade hat gelitten

Der Eiderdeich an mehreren Stellen durchbrochen.

● **Hamburg**, 17. Nov. Der Sturm in der Nacht zum Sonnabend hat besonders im Eidergebiet schwere Schäden angerichtet. Rendsburg hatte ungewöhnliches Hochwasser. Die Feuerwehr hatte bereits mit Sandsackabdämmungen begonnen, als die Flut zurückging. In Friedrichstadt wurden die Einwohner nachts durch Glockenläuten alarmiert. Eine Weizenmühle in dieser Stadt wurde besonders betroffen. Man rechnet mit zeitweiliger Betriebseinschränkung in dieser Mühle. An mehreren Stellen ist der Eiderdeich gebrochen.

Ein Dampflogger gestrandet.

◆ **Borkum**, 17. Nov. In der vergangenen Nacht strandete auf der Ranzelplaate der Dampflogger „Ella" AL 11 aus Leer. Die aus siebzehn Mann bestehende Besatzung wurde von dem hier stationierten Motorrettungsboot „Hindenburg" gerettet und gelandet. Die Bergung des leckgeschlagenen Schiffes war wegen des stürmischen Wetters bisher nicht möglich.

★

In Holland und an der holländischen Küste.

:=: **Amsterdam**, 17. Nov. Aus allen Teilen des Landes werden schwere Sturmschäden gemeldet, die sich gestern abend und im Laufe der Nacht ereignet haben. Auf mehreren Strecken erlitt der Eisenbahnverkehr erhebliche Verzögerungen. Die Straßenbahnen mußten stellenweise den Betrieb ganz einstellen. In den Häfen Rotterdam und Amsterdam rissen sich zahlreiche Schiffe los. In beiden Häfen waren Schleppdampfer bis in die Morgenstunden hinein damit beschäftigt, die Schiffe, von denen mehrere stark beschädigt waren, flott zu machen. Die Schiffahrt auf dem Amsterdamer Nordseekanal und der Rotterdamer Neue Wasserweg waren von gestern nachmittag 5 Uhr bis heute morgen so gut wie stillgelegt. Die Gewalt des Südweststurmes war so groß, daß in Huizen eine große Antenne der Radiostation umgeweht wurde. In Amsterdam wurden hunderte von Dachziegeln auf die Straße geschleudert, zahlreiche Fensterscheiben eingedrückt und Bäume entwurzelt. Die Bewohner eines großen Hauses in der Prinzengracht mußten in aller Eile ihre Wohnungen verlassen, da das Gebäude einzustürzen drohte.

In der Nähe der Insel Terschelling wurde heute früh das Wrack des Kutters Noordstern aufgefunden, dessen Insassen, ein Fischer mit seiner Frau und seinen zehn Kindern, bei dem Untergang des Kutters umgekommen sein dürften. Nicht weit von der Noordstern entfernt konnte das Rettungsboot von Terschelling die aus fünf Personen bestehende Besatzung eines sinkenden Fischdampfers bergen. Von mehreren anderen Kuttern, die verloren gegangen sind, konnten sich die Bemannungen entweder durch Schwimmen retten oder durch Rettungsboote an Land gebracht werden. Mehrere Fischdampfer, die sich zur Zeit des Sturmes an der Küste der Provinz Friesland befanden, werden vermißt. Bei Ymuiden ist ein holländischer Fischdampfer aus Ymuiden gestrandet. Die neunköpfige Besatzung konnte heute früh gerettet werden. Auch in der Flußschiffahrt ist der Verlust einiger Schiffe zu beklagen. Beim Untergang eines Schleppschiffes auf dem Waal sind zwei Matrosen ertrunken. Einer Meldung des Niederländischen Meteorologischen Instituts zufolge hatte der Sturm eine Stärke von 24 Sekundenmetern.

★

Orkan in Dänemark.

Schiffsverluste.

)(**Kopenhagen**, 17. Nov. Seit gestern abend herrscht in Dänemark ein orkanartiger Sturm. Die Dampffähre „Schwerin" konnte wegen des Sturmes aus Gjedser nicht auslaufen. Die Fähre „Prinzesse Alexandrine" kann aus Warnemünde nach Gjedser nicht in See gehen, solange „Schwerin" den dortigen Hafen nicht verlassen hatte, da das zweite Fährbecken ausgebessert wird. Die Dampffähre „Danmark" hat sich losgerissen und ist nach dem Bootshafen abgetrieben worden, wo sie auf Grund liegt. Bei Sanksköbing auf der Insel Laaland riß der Sturm das Dach eines Observationsturmes des geodätischen Instituts herunter. Eine Reihe kleinerer Schiffe ist gestrandet, darunter die Galeasse „Annie" auf der Fahrt nach Rostock. Das Schiff steht nur wenige Meter von der Küste bei Gjedser. Die aus drei Mann bestehende Besatzung konnte an Land waten. Wie aus Stelskör in Westseeland gemeldet wird, strömte eine Hamburger Motorgalleasse, Besitzer Kapitän Carstens, heute früh im Omösund, die Ankerkette und sank auf neun Meter Wassertiefe. Drei Mann der Besatzung gelang es, in die Schiffsjolle zu kommen. Der Kapitän wurde nach kurzem Umherschwimmen von der Jolle aufgenommen. Die Schiffbrüchigen erreichten in stark erschöpftem Zustande das Land.

Starke Verwüstungen auf Fünen und in Westjütland.

Δ **Kopenhagen**, 18. Nov. Der Sturm, der am Sonnabend über Dänemark raste, hatte sich gegen abend soweit gelegt, daß nur Windstärke vier bis fünf gemessen wurde. Nur bei Bornholm fegte auch noch am Abend der Sturm mit unverminderter Stärke. Wie das meteorologische Institut mitteilt, ist von dem Atlantischen Ozean her jedoch ein weiteres Tief im Anrücken, so daß das Wetter noch weiter unruhig bleiben wird. Auch auf Fünen hat der Sturm schwere Verwüstungen angerichtet. So wurde der Telephonverkehr und die Elektrizitätsversorgung stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein neu errichteter Damm von 50 Meter Länge wurde von den Wellen zerstört. Auch auf Holland und Falster wurden zahlreiche Fensterscheiben und Fernsprechleitungen beschädigt. Von der neu errichteten Anstalt für Geistesschwache in Rödbyt wurden etwa 1000 Dachziegeln fortgerissen und ein vom geodetischen Institut errichteter Turm abgedeckt. Bei Holstebro in Westjütland stürzte ein Neubau ein. Drei Personen, die in der Nähe Schutz vor dem starken Regen gesucht hatten, wurden verschüttet. Sie konnten jedoch bald befreit werden. Zwei von ihnen haben jedoch schwere Verletzungen davongetragen.

★

Der Sturm im Kanal.

)|(**Paris**, 17. Nov. Der orkanartige Sturm, der gestern an der Küste des Kanals und des Atlantischen Ozeans einsetzte, tobte auch heute noch mit unverminderter Wucht. Der englische Dampfer Maid of Orleans, der am Freitag nachmittag von Folkestone zur Ueberfahrt nach Frankreich ausgelaufen war, und wie bereits gemeldet, gestern nachmittag unterwegs beinahe eine Kollision mit dem nach England bestimmten Verkehrsflugzeug gehabt hätte, hatte 12 Stunden mit Sturm und Seegang zu kämpfen, ehe er Boulogne sur Mer erreichte, wo es ihm erst nach viermaligen vergeblichen Versuchen gelang, in den Hafen einzulaufen. Der Frachtdampfer Ville de Dunkerque, der von Cherbourg nach Oran ausgelaufen war, erlitt so schwere Beschädigungen, daß er gezwungen war, in den Hafen zurückzukehren. Die Dampfer Arlanza und Columbus sind mit zwölfstündiger Verspätung in Cherbourg eingetroffen. An der Nordwestküste von Quimper, wo eine fürchterliche Brandung herrscht, wurde ein Fischerboot von der Verankerung losgerissen und auf den Strand geworfen. Der griechische Dampfer Amazon befindet sich in Seenot. Von Brest ist ein Schlepper zur Hilfeleistung ausgelaufen. Auch Innenfrankreich wird von Sturm und Regen heimgesucht. In der Gegend von Remiremont hat ein wolkenbruchartiger Regen, der seit 24 Stunden anhält, großen Schaden angerichtet.

Nachlassen des Sturmes im Kanal.

× **Paris**, 18. Jan. Der Sturm, der einige Tage die Schiffahrt im Kanal behinderte und z. T. unmöglich machte, hat nachgelassen. Die Meteorologischen Stationen Frankreichs berichten, daß vorläufig ein Ende des Sturmes nicht zu erwarten sei. Die Schiffe, die mit starker Verspätung fuhren und in den französischen Kanalhäfen erwartet wurden, trafen allmählich in ihren Bestimmungsorten ein.

★

20 Opfer des Sturms in England.

◆ **London**, 18. Nov. Nach bisherigen Berichten hat der Sturm, der gestern über England wütete, etwa 20 Todesopfer gefordert.

Erhebliche Störungen sind im telegraphischen Verkehr mit dem Kontinent eingetreten. Zwischen London und Frankreich arbeitet nur eine Linie. Die Schweiz und Italien sind völlig abgeschnitten, und zwischen London einerseits und Deutschland und Belgien andererseits wickelt sich der Verkehr nur unter Schwierigkeiten ab.

★

In Prag und Eger.

❦ **Prag**, 18. Nov. Auch über Prag wütete in den letzten Tagen ein starker Sturm, der zu einem schweren Unfall führte. Er riß von einem Haus, auf das ein viertes Geschoß aufgestockt wird, einen Teil des Gerüstes ab, das auf den Fahrdamm fiel, wobei die Balken vier Personen verschütteten. Auch Eger und die umliegenden Ortschaften wurden von einem ungewöhnlich heftigen Sturm heimgesucht. Durch die Gewalt des Orkans wurde in Eger die vierstöckige Gerüstverschalung des Neubaues der „Böhmischen Diskont- und Kreditanstalt" in einer Breite von etwa 20 Metern zum Einsturz gebracht. Wäre der Einsturz einige Minuten später erfolgt, so hätte er schwere Folgen nach sich gezogen, da um diese Zeit die Straße mit vom nahegelegenen Lichtspieltheater kommenden Publikum dichtgefüllt war. Auf der Turmspitze der Stadtkirche wurde das vier Meter hohe Eisenkreuz umgebogen. Ueberall werden schwere Dach- und Fensterschäden gemeldet. In der Umgebung von Eger wurden Bäume in Massen aus dem Erdboden gerissen.

Sieben Tote, eintausend Obdachlose im Missouri.

:=: **London**, 18. Nov. Bei der Ueberschwemmungskatastrophe in Kansas sind nach den aus Kansas-City vorliegenden Nachrichten bisher sieben Personen ums Leben gekommen. Etwa 1000 Personen sind durch die Ueberschwemmungen des Missouri und seiner Nebenflüsse obdachlos geworden.

Sensationeller Mordprozeß in Budapest.

● **Budapest**, 17. Nov. Heute vormittag begann vor dem Budapester Strafgerichtshof die Verhandlung im Mordprozeß Bela Erdelye und Genossen. Erdelye wird der Ermordung seiner Frau, der Schauspielerin Anna Forgacz beschuldigt, die er in Millstatt in Kärnten in einen Abgrund gestoßen und später mit einer Seidenschnur erdrosselt haben soll. Der Andrang des Publikums, in dessen Reihen auch viele Bühnenkünstler, Juristen, Aerzte und Universitätsprofessoren zu bemerken waren, war außerordentlich groß. Es sind 113 Zeugen, teilweise aus Berlin, Graz, Millstadt und Wien geladen. Erdelye ist außerdem noch wegen Urkundenfälschung, Betrug und Wechselfälschung in 22 Fällen angeklagt. Drei Mitangeklagte haben sich wegen Betrugs und Privaturkunden- und Wechselfälschung zu verantworten. Zu Beginn des Verhörs wurde zunächst die Fälschung des Doktordiploms des Angeklagten, das er sich in Berlin verschafft hat, und Wechselfälschungen zur Sprache gebracht. Im weiteren Verlauf des Verhörs fragte der Vorsitzende, warum Erdelye bereits am Tage nach seiner Hochzeit sich mit Versicherungsgedanken beschäftigt und dann auch sowohl seine Frau wie sich selbst für je 10 000 Dollar versichert habe. Erdelye gab an, dieser Gedanke sei von seiner Frau ausgegangen.

Die Untersuchung der „Vestris"-Katastrophe.

● **Newyork**, 18. Nov. Im Verlaufe der Untersuchung der Ursachen der Katastrophe der „Vestris" wurde gestern der erste Offizier des Schiffes, Johnson, vernommen. Er bestritt, daß der Dampfer bereits bei der Abfahrt von Newyork Schlagseite hatte und erklärte, dies sei erst am Sonntag abend eingetreten. Er gab zu, daß er die Kohlenluken des Schiffes nicht geprüft hatte, obwohl er dafür verantwortlich war. Am Montag, von 4 Uhr morgens ab, habe er die Lage als sehr gefährlich angesehen, es aber dem Kapitän des Schiffes überlassen, einen drahtlosen Hilferuf abzusenden.

Von Nah und Fern.

Nach dem Wirtshausbesuch erschossen.

:=: **Lindlar (Rheinprovinz)**, 18. Nov. Als in einer Gastwirtschaft in Thier der Landjäger Pflug nachts Feierabend gebot, geriet er mit mehreren jungen Leuten deswegen in einen Wortwechsel. Der Beamte wurde beim Nachhausegehen von ihnen mit Steinen beworfen. Als die jungen Leute trotz dreimaliger Aufforderung des Landjägers weiter mit Steinen warfen, gab er einen Schuß ab, durch den einer der Täter, namens Felder, getötet wurde.

Doppelselbstmord aus Nahrungssorgen.

× **Halle**, 18. Nov. Hier haben sich heute die Frau Auguste Knoll und ihre Tochter, anscheinend aus Nahrungssorgen, erhängt. Als der Sohn gegen Abend von einem Ausgang zurückkehrte, fand er Mutter und Schwester tot auf.

Doppelmord.

() **Gräfenthal (Thür.)**, 18. Nov. Der Uhrmacher Frosch, Vorsitzender des Spar- und Vorschußvereins, wurde heute vormittag um 11 Uhr mit seiner Frau tot mit durchschnittener Kehle in der Wohnung aufgefunden. Man vermutet Raubmord, hat allerdings noch keine näheren Anhaltspunkte dafür.

Politische Zusammenstöße in Leipzig.

)•(**Leipzig**, 18. Nov. Gelegentlich einer Kundgebung des Stahlhelms und einer Gegenkundgebung der kommunistischen Partei und des Rotfrontkämpferbundes kam es heute mittag in dem Vorort Lindenau zu Zusammenstößen der Polizei mit den Kommunisten, die die Beamten mit Steinen und Latten bewarfen. Ein Beamter und einige Demonstranten wurden verletzt. Mehrere Personen wurden festgenommen. Später entstanden in der Stadt selbst bei der Auflösung des Stahlhelmzuges verschiedentlich Reibereien mit Kommunisten.

Verhaftung des „Generaldirektors" Schymura.

× **Chemnitz**, 17. Nov. Der „Generaldirektor" Schymura, der in Leipzig unter dem Namen „Radiowacht" ein „Institut für zeitgemäße Wirtschaftshilfe" gegründet hatte, und nach Unterschlagung von Kautionen in Höhe von mehreren hundert Tausend Mark flüchtig geworden war, ist von der hiesigen Kriminalpolizei heute mittag festgenommen worden. Schymura hatte in ganz Deutschland Subredakteure und Betriebsdirektoren für sein Unternehmen angeworben, die geforderten Kautionen jedoch unterschlagen.

Ein Auto von einem Eisenbahnzug erfaßt.

:=: **Oppeln**, 17. Nov. Am Nordübergang der Stadt wurde heute nachmittag ein Gleiwitzer Auto von einem Güterzug erfaßt und etwa 100 Meter mitgeschleift. Nach etwa 20 Metern stürzte ein Insasse aus dem Auto, er war sofort tot. Die beiden anderen Insassen wurden schwer verletzt und starben gleich nach ihrer Einlieferung in das St. Adalbert-Hospital. Auch der Chauffeur wurde schwer verletzt. Die Personalien der Toten konnten bisher nicht ermittelt werden. Das Auto wurde vollständig zertrümmert. Der Uebergang ist ungesichert.

Verkehrsunglück in Wien.

:=: **Wien**, 18. Nov. Heute mittag fuhr vor dem Parlament ein vollbesetzter Autobus gegen die Bordschwelle einer Schutzinsel, stürzte um und riß im Fallen einen Beleuchtungsmast mit. 19 Personen wurden meist leicht verletzt.

Eine Familie bei einem Hauseinsturz getötet.

÷ **Warschau**, 18. Nov. Wie aus Przemysl gemeldet wird, hat sich dort am Sonnabend morgen eine schwere Einsturzkatastrophe ereignet, der drei Personen zum Opfer gefallen sind. Durch den Zusammenbruch einer Wand wurde eine Wohnung, in der sich ein Schneider mit seinen Angehörigen befand, unter den Trümmern begraben. Der Schneider, seine Ehefrau und sein 16jähriger Sohn fanden den Tod, während ein in der Wiege liegender Säugling wie durch ein Wunder dem gleichen Schicksal entrann. Die Leichen konnten erst nach stundenlangen Aufräumungsarbeiten geborgen und dem Schauhause zugeführt werden.

Georg Bernhard Vorsitzender des Internationalen Journalistenverbandes.

:: **Paris**, 17. Nov. Der in Dijon tagende Internationale Journalistenverband wählte heute seinen Vorstand wie folgt: Ehrenvorsitzender Bourdon-Frankreich, Vorsitzender Chefredakteur Georg Bernhard-Deutschland, stellvertretende Vorsitzende Dons-Belgien und de Beaupré-Polen.

Ein preisgekröntes französisches Buch über Deutschland.

() **Paris**, 17. Nov. Dem Grafen Wladimir d'Ormesson ist für sein Buch „Confiance en l'Allemagne?", der von der Zeitung „L'Europe Nouvelle" für das beste aktuelle politische Fragen behandelnde Werk ausgesetzte Jahrespreis im Betrage von 10 000 Franken zuerkannt worden. Das Preisrichter-Kollegium, dem unter anderen Philippe Berthelot, Minister Tardieu, die ehemaligen Abgeordneten Leon Blum und George Brunet sowie der bekannte Volkswirtschaftler de Peyerimhoff angehörten, hat das Buch, das sich eingehend mit den deutsch-französischen Beziehungen beschäftigt, unter 54 Werken ausgewählt. Eine deutsche Ausgabe soll mit einem Vorwort des Grafen Oberndorf in einigen Wochen im Verlage der „Germania" erscheinen.

Polen und die deutsche Landwirtschaft.

Ein Kernpunkt der augenblicklichen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wird von den landwirtschaftlichen Fragen gebildet. Es handelt sich vor allem um die politische Ausfuhr von Roggen, Schweinen und Kartoffeln, über die z. T. berechtigte, z. T. übertriebene Befürchtungen laut geworden sind

Als einziges konkurrenzfähiges Gebiet kommen zunächst nur die polnischen Westprovinzen, das ehemalige Posen und Westpreußen, in Betracht. Sie sind rein agrarisch, haben eine hohe Intensitätsstufe und sind das einzige Ueberschußgebiet Polens. Kongreßpolen, Galizien und Wolhynien bleiben hinter einer normalen Bewirtschaftungsweise um 30 bis 60 Prozent zurück und kommen weder als Konkurrenten, noch als Abnehmer in Frage.

Als Exporteur tritt Polen überhaupt erst in den letzten Jahren auf. In seinen ersten Jahren konnte es den eigenen Lebensmittelbedarf selbst nicht decken. Die jetzt exportierten Mengen schwanken noch immer sehr stark, obwohl seit 1924 bezgl. der Anbaufläche und des Ertrags die Vorkriegsverhältnisse ungefähr erreicht sind. Das hängt ein wenig von dem Ernteausfall, mehr von der Armut des Landes, besonders aber von der Handelspolitik der Regierung ab. Weil der Lebensstandart in Polen um mehr als die Hälfte niedriger ist als in Deutschland, und die polnischen Märkte wenig kapitalkräftig und aufnahmefähig sind, gehen Getreide und Schweine ins Ausland. Die Regierung erzwingt mit aller Macht die Ausfuhr, um die Handelsbilanz aktiv zu machen und den Zlotykurs einigermaßen zu halten. Auf dem Getreidemarkt hat sich diese Politik jedoch arg gerächt. Polen mußte 1924 bis 1926 große Mengen Getreide schon einige Monate nach der Ausfuhr mit erheblichem Preisaufschlag wiederkaufen, um seine Brotversorgung sicherzustellen. Die hohe Exportziffer ist also durch eine entsprechende Einfuhrzahl korrigiert worden, und die jährliche Ausfuhrsteigerung ist im letzten Jahre auf eine vernünftigere und für uns unerhebliche Menge zurückgesunken.

Ernster liegt die Kartoffel- und Schweinefrage. Rußland, Deutschland und Polen sind mit 45, 30, 25 Millionen Tonnen die drei größten Kartoffelproduzenten in Europa. Polen gebraucht von seiner Ernte etwa 7 Millionen Tonnen als Saatgut, ebenso viel zur Nahrung und ebensoviel kann es verfüttern und so einen großen Schweineexport ermöglichen. 1925 und 1926 führte Polen 870 000 bezw. 600 000 lebende Schweine und 260 000 bezw. 200 000 Doppelzentner Schweinefleisch aus. Dabei kann Polen seinen Schweinebestand von 5 bis 7 Millionen noch vergrößern, es wird aber hinter den 20 Millionen Deutschlands immer weit zurückbleiben. In den jetzigen Verhandlungen fordert Polen die Einfuhr von 800 000 Stück außer den Schlachttieren. Diese Menge würde sicherlich den deutschen Markt ganz erheblich belasten. Unsere Hauptkonkurrenten sind auch hier unsere ehemaligen Ostprovinzen. Die Frage ist nun: können wir gegen ein polnisches Angebot von 1/20 unseres Bestandes erfolgreich konkurrieren? Für die ostelbische Landwirtschaft bedeutet diese Frage, ob sie imstande ist, die Kartoffeln ebenso billig zu produzieren wie Polen, und für die westelbische Landwirtschaft ist die Frage, ob sie ihre Futtermittelmast ebenso billig bewerkstelligen kann, wie Polen seine Kartoffelmast. Es ist ohne weiteres klar, daß bei den geringeren Löhnen und allgemeinen Gestehungskosten Polen bezüglich der Rentabilität des Kartoffelbaues und damit der Konkurrenzfähigkeit auf dem Schweinemarkt Deutschland gegenüber im Vorteil ist. Das steht fest.

Darum muß sich die deutsche Landwirtschaft nachdrücklich gegen die Forderungen Polens wehren. Die landwirtschaftliche Verschuldung betrug Ende August d. J. 13,5 bis 14,5 Milliarden. Die Landwirtschaft ist der verschuldetste Stand in Deutschland. Auch verhältnismäßig geringe Nachteile müssen sie erheblich treffen. Die Einfuhr von Schweinen betrug im dritten Vierteljahr 1928 12 000 Stück (in der gleichen Zeit des Vorjahres 43 000); in der Zeit von Januar bis September 28 000 Stück (108 000 im Vorjahr). Die Ausfuhr bezifferte sich im dritten Vierteljahr 1928 auf 24 000 (12 000 in der nämlichen Zeit des Vorjahres), und für Januar bis September 1928 70 000 (14 000 im Vorjahr); die Vorkriegsziffern decken sich ungefähr mit den vorjährigen. Trotz der gewaltigen Ausfuhrsteigerung und Einfuhrsenkung in diesem Jahr liegt der Schweinemarkt in Deutschland arg darnieder. Man kann sich denken, wie katastrophal das polnische Einfuhrquantum wirken müßte.

Indes ist für jeden Einsichtigen klar, daß die Uebernahme einer gewissen Menge unumgänglich ist. Wir müssen uns daran gewöhnen, Polen als Nachbarn anzuerkennen und die beiderseitigen Interessen zu wirklichem Ausgleich zu bringen. Wir haben vor dem Kriege einen Einfuhrüberschuß von 40 Pfg. pro Ha. gehabt, in den Jahren 1925—1927 nur wenig mehr, nämlich 44 Pfg.; in den drei Vierteljahren 1928 haben wir zwar einen Ausfuhrüberschuß von 7 Pfg. pro ha zu verzeichnen. 1913 war unsere Wirtschaft stark genug, um die 40 Pfg. pro ha zu leisten, wogegen der wenig höhere Betrag von 1927 schon zerstörend wirkte; auf einen Ausfuhrüberschuß wie 1928 zu rechnen, bedeutet einstweilen doch wohl, die Hoffnung zu hoch zu spannen. Polen produziert vorerst die Kartoffeln billiger als wir und wird darum zunächst ein starker Konkurrent von uns sein, dem wir nur durch Herausarbeitung von Qualitätsunterschieden entgegentreten können. Unzweifelhaft werden sich auch bald dem polnischen Schweineexport hemmende Tendenzen in den Weg stellen. Einmal verwendet Polen wieder mehr und mehr Kartoffeln zu Spiritus. Will es seine Vorkriegsstellung erreichen, so benötigt es dazu schon die Hälfte seines Mastkontingents. Ferner wird sich mit fortschreitender Kultur auf den wärmeren Böden Polens der Anbau von Zuckerrüben und damit von Sommergerste vor dem der Kartoffel immer stärker empfehlen und weiter durchsetzen. Damit wird die Schweinezucht, die sich eben am schnellsten aufbauen läßt, von selbst zurückgehen und höheren Tiersorten Platz machen. Lohnsteigerungen, Beseitigung der Zlotyunterparität mit den billigeren Lebens- und Produktionskosten, weitere Erfolge im Export nach England sind ebenfalls den deutschen Markt entlastende Momente, die sich in Kürze schon geltend machen müssen.

Wäre im Augenblick die deutsche Landwirtschaft nicht in eine so tiefgreifende Krise verwickelt, so würde sie zweifellos dem politischen Einfuhrkontingent gegenüber subjektiv viel gefaßter und objektiv richtiger ins Auge sehen, als es jetzt der Fall ist. Darum handelt auch die Regierung zweckmäßig, wenn sie zunächst eine provisorische Einigung mit Polen erstrebt und nicht eine endgültige, worauf Polen hinauswill.

Die Reichsfürsorge für die Ausgesperrten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. November.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung steht als Hauptpunkt die Hilfsaktion für die Ausgesperrten in Norddeutschland. Zur Beratung der Anträge schlägt Präsident Loebe eine Redezeit von einer Viertelstunde vor. (Lärm bei den Kommunisten.)

Zur Begründung sagt der Präsident, es müssen nach vielen Reden nun endlich Taten für die Ausgesperrten folgen.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt eine halbe Stunde Redezeit. Die Ausschußmehrheit habe einen ungeheuren Betrug an den Ausgesperrten verübt.

Der Vorschlag des Präsidenten wird unter lärmenden Kundgebungen der Kommunisten angenommen.

Der Sozialpolitische Ausschuß beantwortet die Annahme folgender Entscheidung: Zur Abstellung der Notstände, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch Aussperrungen entstanden sind, soll die Reichsregierung nach näherer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Verfügung stellen, um den in dem genannten Gebiet liegenden Gemeinden (Gemeindeverbänden) in Gemeinschaft mit Preußen eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen.

Abg. Dr. Pfeffer (D. Vpt.) begründet diesen Antrag Weiter beantragt der Ausschuß unverzügliche Feststellung der Schädigungen, die dem Handwerk und Einzelhandel und der für den Lebensmittelmarkt tätigen Landwirtschaft durch die Aussperrung entstanden sind.

Abg. Graßmann (S.) erklärt, die sozialdemokratische Fraktion bedauere, daß ihre Anträge im Ausschuß nicht die notwendige schnelle Erledigung gefunden hätten. Angesichts der drückenden Notlage der Ausgesperrten und der Notwendigkeit schleunigster Hilfe werde die Fraktion der Ausschußentschließung zustimmen, in der Erwartung, daß die preußische Regierung durch Richtlinien die einheitliche gerechte und soziale Durchführung der Hilfsaktion gewährleisten.

Abg. Dr. Brüning (Z.) gibt eine ähnliche Erklärung für das Zentrum ab und spricht die Erwartung aus, daß nunmehr Gesetzesänderungen im Sinne der Zentrumsanträge vorbereitet werden.

Abg. von Lindeiner-Wildau (Dntl.) erklärt, der Ausschuß erteile mit seiner Entschließung der Regierung eine Vollmacht, deren zeitliche, finanzielle und rechtliche Auswirkungen noch nicht zu übersehen seien. Die Deutschnationalen könnten einer solchen Vollmacht nicht zustimmen, zumal die Entschließung den Eindruck erwecke, als ob mit öffentlichen Mitteln in einen schwebenden Lohnkampf eingegriffen werde. (Unruhe links und im Zentrum.) Die Deutschnationalen würden sich der Stimme enthalten.

Abg. Rädel (K) bezeichnet das Ergebnis der Ausschußberatung als einen bewußt von den bürgerlichen Parteien gemeinsam mit den Sozialdemokraten an den Ausgesperrten verübten Betrug. Die Kommunisten würden ihren Antrag auf Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung wiederholen. Der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann habe die generelle Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung im Aussperrungsgebiet verboten. (Hört! Hört!! bei den Kom.)

Abg. Schneider-Berlin (D.) wendet sich gegen die Ausführungen des kommunistischen Redners und spricht den Wunsch aus, daß die Hilfsaktion recht großzügig durchgeführt werden möge.

Reichsarbeitsminister Wissel weist die Behauptungen des Abg. Rädel zurück und verweist auf seine heutige Erklärung im Ausschuß. Schnelle Hilfe könne den Ausgesperrten nur auf dem in der Ausschußentschließung beschrittenen Weg gebracht werden. Die Reichsregierung werde von der ihr in der Entschließung erteilten Ermächtigung schnell und wirksam Gebrauch machen.

Abg. Wagner (N.-S.) erklärt, die Entschließung nütze den Ausgesperrten wenig, denn die Wohlfahrtsunterstützungen müssen ja zurückgezahlt werden. Die Verhältnisse würden sich erst ändern, wenn die Arbeiterbataillone in den Reichstag, in dieses Haus der Demagogie, einmarschieren (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Zur Ausschußentschließung wird ein kommunistischer Ergänzungsantrag, der die Wohlfahrtsunterstützung auf 30 Mark festsetzen will, in namentlicher Abstimmung mit 329 gegen 52 Stimmen abgelehnt. (Pfuirufe der Kommunisten.) Ein weiterer kommunistischer Aenderungsantrag wird mit 329 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

Die Ausschußentschließung wird in namentlicher Abstimmung mit 267 gegen 59 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei 55 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen angenommen.

Angenommen wird ferner ein Ausschußantrag auf unverzügliche Feststellung der Schädigungen, die dem Handwerk und Einzelhandel und der für den Lebensmittelmarkt tätigen Landwirtschaft durch die Aussperrung entstanden ist.

Es folgt die dritte Beratung des von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurfes, durch den die Geltung des Steuermilderungsgesetzes bis 30. September 1929 verlängert werden soll.

Abg. Höllein (Komm.) bekämpft die Vorlage, die lediglich ein Geschenk für die Kapitalisten sei.

Ohne weitere Aussprache wird die Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Der Staatsvertrag betreffend Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich wird dem Verkehrsausschuß überwiesen.

Zur ersten Beratung kommt dann der Gesetzentwurf über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts.

Nach der Vorlage soll bei Meinungsverschiedenheiten über die Rechtsgültigkeit von reichsrechtlichen Vorschriften auf Antrag der Reichsregierung, oder von mehr als einem Drittel der Mitglieder des Reichstages, oder des Reichsrats der Staatsgerichtshof zur Entscheidung angerufen werden.

Abg. Dr Alexander (Komm.) wendet sich gegen die Vorlage. Die Kapitulation des Parlaments vor den Gerichten würde durch dieses Gesetz noch vervollständigt werden. Die Rechtsunsicherheit würde sich dadurch noch steigern.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß. Ebenso der Entwurf eines deutschen Auslieferungsgesetzes.

Um 3,15 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag 15 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die große außenpolitische Aussprache.

★

Der Zentrumsantrag für Handel Gewerbe und Landwirtschaft.

Berlin, 17. November.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, dessen Verhandlungen der Plenarsitzung vorausgingen, wurde nach Annahme der Entschließung, wonach die Reichsregierung in Verbindung mit Preußen Mittel für die Gemeinden im Aussperrungsgebiet zur Verfügung stellen soll, nur noch ein Antrag des Zentrums behandelt, der die Reichsregierung ersucht, auf die Länderregierungen einzuwirken, damit die Bezirksbehörden unter Mitwirkung der gesetzlichen Berufsvertretungen von Handwerk und Einzelhandel, sowie der für den Lebensmittelmarkt tätigen Landwirtschaft unverzüglich die Schädigungen festzustellen, die diesen Kreisen durch die Metallarbeiteraussperrung entstanden sind und noch entstehen.

Hierzu gab Reichsarbeitsminister Wissel folgende Erklärung ab: Nach einer Mitteilung des Herrn Reichsfinanzministers bemerke ich zu diesem Antrage vom steuerlichen Standpunkt, daß gegen die Annahme des Antrages bedenken nicht bestehen. Die Präsidenten der Landesfinanzämter Düsseldorf und Münster haben schon von sich aus die zuständigen Finanzämter angewiesen, Gewerbetreibenden, deren Kundenkreis sich aus den ausgesperrten Familien zusammensetzt, oder die in ähnlicher Weise durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen sind, je nach der Lage des einzelnen Falles in steuerlicher Hinsicht mit Stundungen entgegenzukommen. Ueber die Frage, ob und inwieweit darüber hinaus im einzelnen Falle Ermäßigung oder Erlaß der Steuer eintreten kann, kann erst nach Vornahme der Veranlagung im Frühjahr entgültig entschieden werden.

Nach dieser Erklärung nahm der Ausschuß auch noch obigen Zentrumsantrag an und vertagte sich.

Zaleski über Rheinlandräumung und Kelloggpakt.

◆ Warschau, 17. Nov. Die offiziöse „Epoka" veröffentlicht in ihrer heutigen Ausgabe ein Interview mit dem polnischen Außenminister Zaleski, das sich inhaltlich an die Unterredung des Ministers zur Zeit seines Aufenthalts in Königsberg mit einem Vertreter der „Ostpreußischen Zeitung" anschließt und den Inhalt dieser Unterredung sowie die Leitgedanken des polnischen Außenministers zur Rheinlandfrage enthält:

Minister Zaleski erklärte einleitend, daß er, wie bereits aus dem Interview mit der „Ostpreußischen Zeitung" hervorgehe, zur Frage der Rheinlandräumung keineswegs eine ablehnende Stellung einnehme. Diese Frage interessiere selbstverständlich auch Polen insofern, als sie indirekt in einer Form ausgenützt werden könnte, die die internationalen Sicherheitsverhältnisse, somit also auch die Sicherheit Polens, in negativem Sinne beeinflussen würde. Die Sicherung des Friedens sei Polens, ähnlich wie Frankreichs, aufrichtiges Bestreben, was in der stetigen Bekundung des Versöhnungsgeistes in bezug auf sämtliche internationalen Probleme seinen Ausdruck finde. Die Sicherheitsfrage sei aber für Polen ähnlich wie für Frankreich von primärer und prinzipieller Bedeutung, und Veränderungen in den Sicherheitsverhältnissen irgendeines Teils des europäischen Festlandes müßten naturnotwendig auch die allgemeine Sicherheit beeinflussen Auf diesen Voraussetzungen sei eben die ganze diplomatische Aktion aufgebaut, deren Ziel die Schaffung von Grundlagen einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen den west- und osteuropäischen Staaten bilde. Im Kelloggpakt werde dieser Grundsatz bestätigt und gewissermaßen auch weiter ausgebaut. Es seien dadurch vom Vertrags- und juristischen Standpunkt aus Bedingungen geschaffen worden, die die Möglichkeit bewaffneter Konflikte in Form von Aggressivkriegen, sowie sogenannten legalen Kriegen formal ausschließen. Der Kelloggpakt habe den internationalen Gesichtskreis erhellt, indem er die Staaten Europas und Amerikas auf den gemeinsamen Weg des Zusammenwirkens in friedlichem Geiste geführt habe. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß diese ohne Zweifel hochwichtigen, in erster Reihe aber moralisch bedeutsamen Tatsachen, die bereits jetzt eine sichtbare Entspannung in den politischen Verhältnissen Europas hervorgerufen hätten, nur dann einen wirklichen und befriedigenden Nutzen bringen und eine reale Sicherung des Friedens schaffen würden, wenn die formale Entspannung auch gleichzeitig von der moralischen begleitet sein würde. Die im Verlauf der letzten zehn Jahre abgeschlossenen internationalen Verträge, Abmachungen und Pakte hätten eine ausreichend breite Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit und die Entwicklung derjenigen Staaten geschaffen, die sie unterzeichnet hätten und sie loyal auszuführen beabsichtigen. Sämtliche Versuche, eine Bresche in diese Verträge zu schlagen und Veränderungen zu bewirken, die, wie man wisse, auf friedlichem Wege sich nicht verwirklichen ließen, weil dadurch die territoriale Integrität und die Sicherheit der einzelnen Staaten bedroht werden würde, müßten die Atmosphäre der friedlichen Entwicklung stören, nach der sich die Völker Europas sehnten, und in der Folge die Notwendigkeit weiterer ergänzender Garantien hervorrufen.

Hinrichtung chinesischer Seeräuber.

)(Hankau, 17. Nov. Das chinesische militärische Hauptquartier ließ heute nacht 21 Hinrichtungen vollstrecken Unter den Hingerichteten befinden sich 16 Chinesen, die im Zusammenhang mit der Seeräuberei an Bord des britischen Dampfers „Shasy" auf der Höhe von Hankau am 4. November verhaftet worden waren. Die chinesischen Behörden setzten ihre Bemühungen fort, der noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Seeräuberbande habhaft zu werden.

AUCH SIE HABEN NIE GEGLAUBT

dass die Technik das Ausschlaggebende bei der Herstellung eines Genussmittels ist.

Wohl haben die Fortschritte im Bau von Cigarettenmaschinen und der sonstigen technischen Einrichtungen eines modernen Cigarettenbetriebes in den letzten Jahren die Produktion stark gefördert.

Aber DAS WESENTLICHE ist doch die durch Generationen hindurch vom Vater auf den Sohn ÜBERLIEFERTE ERFAHRUNG der Facharbeiter geblieben.



Es gibt kein Patent, das nicht in Kürze durch neue Verbesserungen überholt wäre. Dagegen aber lässt sich die in jahrzehntelanger liebevoller Beschäftigung mit dem Grundstoff gesammelte Erfahrung kaum einholen.

Das ist DAS GEWISSE ETWAS, das erst die restlose Befriedigung des Rauchers bringt, wie er sie findet in der Cigarette

KURMARK

SPEZIAL-MAZEDONEN-MISCHUNG



5 Pfg.

Das Biersteuerüberweisungsgesetz von 1927 ungültig.

Eine bittere Pille für Bayern.

Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Biersteuerstreit zugunsten Preußens.

:: **Leipzig**, 17. November.

In der verfassungsrechtlichen Streitsache zwischen dem Lande Preußen und dem Deutschen Reich sowie den Ländern Württemberg, Bayern und Baden um die Gültigkeit des Gesetzes vom 9. April 1927, durch das die Biersteueranteile der letztgenannten Staaten neu geregelt wurden, fällte der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches heute abend folgende Entscheidung:

1. Das Gesetz vom 9. April 1927 zur Aenderung der Gesetze über den Eintritt der drei süddeutschen Staaten in die Biersteuergemeinschaft vom Jahre 1919 ist ungültig.

2. Das Reich ist dem Lande Preußen gegenüber berechtigt, die im § 3 der Eintrittsgesetze bestimmten Höchstsätze zur Biersteuerabfindung ohne Rücksicht auf die Gesetze von 1923 und 1925 angemessen aufzuwerten. Die Entscheidung über die Höhe der Aufwertung bleibt vorbehalten.

3. Bis zur Endentscheidung oder bis zu einer mit verfassungsändernder Mehrheit zustandegekommenen Aenderung der Gesetze von 1919 ist das Reich dem Lande Preußen gegenüber berechtigt, den Ländern Bayern, Württemberg und Baden die bezeichneten Beträge weiterzuzahlen.

In der Verhandlung, deren Ergebnis die vorstehende Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist, handelte es sich umfolgendes: Nach den Gesetzen vom 24. März und 24. Juni 1919, über den Beitritt zur Biersteuergemeinschaft sollte Württemberg 3,345 Prozent der Reineinnahmen, jedoch nicht mehr als 15 Millionen RM., Bayern 13,55 Prozent, jedoch nicht mehr als 78 Millionen RM. und Baden 1,60 Prozent jedoch nicht mehr als 10 Millionen RM erhalten. Diese Sätze wurden infolge der Inflation 1923 und 1925 entsprechend geändert. Durch das Gesetz vom 9. April 1927 wurden die Höchstsätze für Württemberg auf 8,633, für Bayern auf 45 und für Baden auf 5,755 Millionen RM. erhöht.

Die Vertreter Preußens beantragten, auf Grund der §§ 6 bezw. 8 der Gesetze von 1919, die für Aenderungen eine qualifizierte Mehrheit verlangten, das Gesetz von 1927 für ungültig zu erklären. Durch dieses Gesetz sei ein subjektives öffentliches Recht Preußens verletzt und in die Rechtssphäre Preußens eingegriffen worden, da entgegen dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz der Gleichberechtigung der Länder neues Recht geschaffen worden sei, das den süddeutschen Staaten von dem Gesetzgeber von 1919 nicht gewollte Sondervorteile gewähre. Die Gesetze von 1919 wollten nicht nur den süddeutschen Staaten Schutz gewähren, sondern auch den anderen Beteiligten. Die qualifizierte Mehrheit sei daher auch für Erhöhungen der Sätze erforderlich gewesen, die über eine Aufwertung hinausgingen. Es handle sich um einen Teil des Finanzausgleiches und es gehe nicht an, die Biersteuer aus dem Finanzausgleich herauszunehmen und für sie eine Sonderstellung zu schaffen.

Demgegenüber beantragten die Vertreter des Reichs und der süddeutschen Staaten, den preußischen Antrag als unzulässig zu verwerfen oder als unbegründet zurückzuweisen. Die qualifizierte Mehrheit sei auch bei den Gesetzen von 1923 und 1925 nicht angewendet worden, es habe sich also eine Art staatliches Gewohnheitsrecht herausgebildet.

Staatsrat Dr. von Wolf-München führte noch aus, nach dem Willen des Gesetzgebers von 1919 sollten nur die süddeutschen Staaten durch die Forderung einer qualifizierten Mehrheit geschützt werden. Die 1927 festgesetzten Sätze seien nur angemessen. Bayern könne seinen Etat ohne die Ueberweisungen aus der Biersteuer überhaupt nicht balancieren.

Zur Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes führte der Vorsitzende Reichsgerichtspräsident Dr. Simons aus:

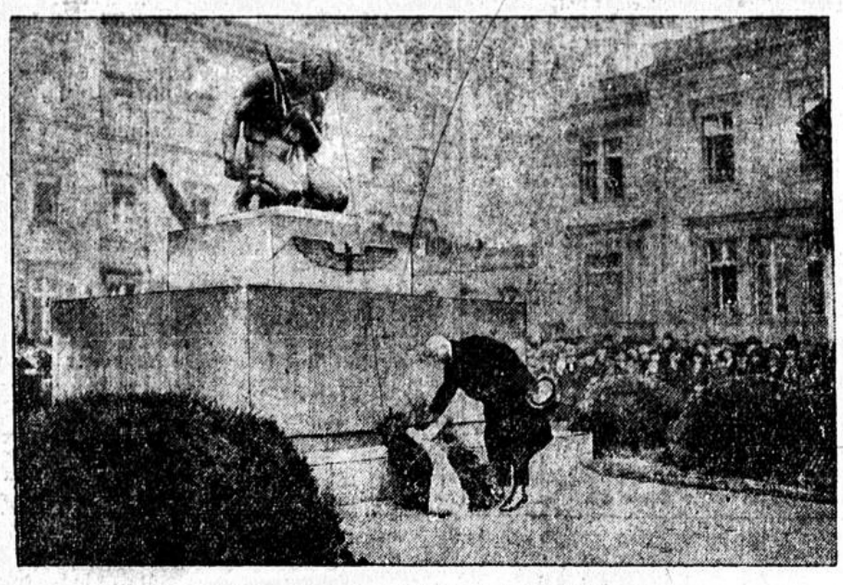
Es ist davon auszugehen, daß die beiden Gesetze vom Jahre 1919 mit der Reichsverfassung gemeinschaftlich aufzufassen sind. Die Paragraphen 6 bezw. 8 dieser Gesetze werden nicht dadurch aufgehoben, daß nach ihrer Verabschiedung die Reichsverfassung in Kraft getreten ist. Wenn diese Paragraphen zur Sicherung der bisherigen Reservatstaaten die verfassungändernde Mehrheit zur Aenderung der Gesetze von 1919 verlangen, so ist das keine in die Verfassung eingreifende Bestimmung, die von der Reichsverfassung selbst außer Kraft gesetzt worden wäre. Aus dem Umstand, daß die Gesetze von 1923 und 1925 ohne eine verfassungändernde Mehrheit zustandegekommen sind, folgt noch nicht ein Staatsgewohnheitsrecht. Vielmehr muß nach wie vor davon ausgegangen werden, daß Aenderungen der Gesetze von 1919 einer verfassungändernden Mehrheit bedürfen.

Bei der Prüfung der Frage, ob durch das Gesetz von 1919 lediglich eine Aufwertung stattgefunden hat, oder ob die Sätze eine Erhöhung erfahren haben, ist der Staatsgerichtshof zu der Ueberzeugung gelangt, daß das letztere zutrifft und somit eine Aenderung des Gesetzes vorliegt. Eine solche war auch mit dem Gesetz von 1927 beabsichtigt. Damit ist die verfassungsmäßige Mehrheit erforderlich. Preußen ist also berechtigt, die Ungültigkeit des Gesetzes von 1927 als Interessent an einer nicht so hohen Aufwertung geltend zu machen.

Die Grundentscheidung, die auf Antrag des Reiches mit Rücksicht auf die Ungültigkeit des Gesetzes von 1927 getroffen wurde, geht dahin, daß die Aufwertung der Sätze, wie sie in den Gesetzen von 1919 vorgesehen sind, angemessen sein muß, und daß das Reich dabei an seine Gesetze von 1923 und 1925 nicht gebunden ist, weil diese ebenfalls nicht mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen worden sind und gleichfalls als ungültig zu bezeichnen sein werden, wenn sie angefochten würden.

Um die Lücke, die durch diese Entscheidung des Staatsgerichtshofes entstanden ist, auszufüllen, und den Ländern Bayern, Württemberg und Baden Klarheit über ihre Finanzlage und deren Gestaltung zu schaffen, hat das Gericht weiter durch einstweilige Verfügung bestimmt, daß sich das Reich bis zur Entscheidung für die Ausschüttung der Biersteueranteile an die drei Länder zunächst an das Gesetz vom 9. April 1927 zu halten hat.

Einweihung eines Denkmals für die gefallenen Eisenbahner.



● **Berlin**, 16. Nov. Im Vorhof des Verkehrs- und Baumuseums in der Invalidenstraße in Berlin wurde heute nachmittag ein Denkmal für die im Weltkriege gefallenen deutschen Eisenbahner eingeweiht. Um das von Professor Cauer geschaffene Monument, das einen sterbenden Krieger mit zerbrochener Waffe, aber erhobener Fahne darstellt, hatten sich die Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, insbesondere des Reichsverkehrsministeriums, der Reichswehr, der Reichsbahn usw. versammelt. Für den zur Zeit auf einer Dienstreise im Ausland befindlichen Generaldirektor der Reichsbahn war der stellvertretende Generaldirektor Dr. Weirauch erschienen, sowie als Vertreter der Stadt Berlin Bürgermeister Scholz. Die Festrede hielt im Auftrage des Reichsbundes deutscher Eisenbahner-Kriegsteilnehmer Reichsbahndirektionspräsident Meyer-Oppeln. Nach einer weiteren Ansprache des Vorsitzenden des Reichsbundes deutscher Eisenbahner-Kriegsteilnehmer Oberleutnant Frick übernahm Dr. Weirauch das Denkmal in die Obhut der Reichsbahn. Bei seiner Ansprache erinnerte er daran, daß 14 000 deutsche Eisenbahner in treuer Pflichterfüllung für ihr Vaterland ihr Leben gelassen haben. Mit der Niederlegung zahlreicher Kränze durch die Behördenvertreter und Eisenbahnerabordnungen aus allen Teilen des Reiches fand die Einweihungsfeier ihr Ende.

Das ostoberschlesische Schulkompromiß in Genf mitgeteilt.

◇ **Genf**, 17. Nov. Der Bericht des Präsidenten der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, über das unter seinem Vorsitz nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Minderheit und der polnischen Regierung zu Stande gekommene Kompromiß über die Wiedereröffnung von einigen Minderheitenschulen ist heute im Generalsekretariat des Völkerbundes eingetroffen. Mit der offiziellen Mitteilung der bereits bekannten Regelung ist einer der Streitfälle über die Schließung von deutschen Minderheitenschulen durch die polnischen Behörden aus den Beratungen der nächsten Tagung beiderseits verschwunden, da sich der Rat auf die Kenntnisnahme des angenommenen Kompromisses beschränken kann. Die sechs übrigen Beschwerdefälle stehen dagegen noch weiter zur Behandlungen.

Ein Nationalsozialist nach Schlägerei ertrunken.

(Für einen Teil der Auflage wiederholt).

+ **Berlin**, 17. Nov. Heute früh hörten ein Feuerwehrmann und ein Schupobeamter Hilferufe am Landwehrkanal. Sie sahen einen Mann im Wasser treibend; die Hilferufe waren aber inzwischen verstummt. Sie landeten ihn und die Feuerwehr nahm vergeblich Wiederbelebungsversuche vor. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Dem Toten, einem Kaufmann Kütemeyer, der Mitglied des Hitlerbundes ist, und gestern abend einem Vortrag Hitlers im Sportpalast beigewohnt hat, ist u. a. das Nasenbein zertrümmert, unter dem linken Auge zeigt sich ebenfalls eine Verletzung. Die Gegend der linken Augenbraue war auch verletzt. Die Lippen sind verquollen. Andere Verletzungen oder Hautabschürfungen waren bisher nicht festzustellen. Ob K. einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, ist noch zweifelhaft. Die Polizei ist zur Zeit mit der Untersuchung der Angelegenheit beschäftigt.

Berlin, 18. Nov. Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten haben die Ermittelungen über den Tod des Nationalsozialisten Kütemeyer, der in der Nacht zum 17. November im Landwehrkanal ertrunken ist, ergeben, daß Kütemeyer zu früher Morgenstunde von einwandfreien Zeugen in der Nähe der Stelle, wo er seinen Tod fand, ohne Begleitung gesehen wurde. Vor seinem Tode sei Kütemeyer in eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Straßenbauarbeitern verwickelt gewesen wobei er erhebliche Verletzungen davongetragen habe. Nach der Schlägerei habe er Parteifreunden über heftige Schmerzen im Kopfe geklagt und erklärt, er wolle nach Hause gehen. Offenbar sei Kütemeyer in seiner Benommenheit infolge schwerer innerlicher Verletzungen an der Unfallstelle vom Bürgersteig abgewichen und ins Wasser gefallen. Von den an der Schlägerei Beteiligten sind einige Personen festgenommen worden.

Fememörder Fahlbusch war verhaftet.

× **Berlin**, 15. Nov. Wie die „Vossische Zeitung" durch eine private Mitteilung aus Nebraska erfährt, ist dort vor kurzem der seit Jahren gesuchte Femem-Mörder August Fahlbusch verhaftet worden. Die Erkundigungen des Blattes bei den zuständigen Stellen haben ergeben, daß dem Berliner Polizeipräsidium vor etwa einem Monat tatsächlich die Mitteilung von einer amerikanischen Dienststelle zugegangen ist, daß ein gewisser August Fahlbusch wegen eines gemeinen Deliktes — es handelte sich anscheinend um Diebstahl — verhaftet worden ist. Unter Angabe der Personalien wurde angefragt, ob es sich um den gesuchten Fememörder handele. Die Berliner Polizei hat sofort eine bejahende Antwort erteilt. Eine Rückäußerung aus Amerika liegt bisher nicht vor. Da die Gefängniszeit, zu der Fahlbusch wegen des Deliktes verurteilt worden war, inzwischen abgelaufen ist, wird in Berlin befürchtet, daß Fahlbusch sich wieder auf freiem Fuß befindet.

★

Hungerkünstler Jolly verurteilt.

× **Berlin**, 17. Nov. Wie die „B. Z." meldet, verurteilte heute das Schöffengericht den Hungerkünstler Jolly, der mit seinem richtigen Namen Siegfried Herz heißt, wegen fortgesetzten Betruges zu 1000 ℳ Geldstrafe. Jolly hatte im Jahre 1926 in einem Restaurant im Norden Berlins den damaligen Weltrekord des Hungerns von 41 Tagen brechen wollen, doch hat er nicht vollkommen gehungert, sondern während seiner Hungerkur Schokolade, die ihm von außen zugesteckt wurde, zu sich genommen. Der Verurteilte gab an, daß seine Veranstaltung Einnahmen von 142000 Mark erbracht hätte, doch seien ihm von seinem Manager Weimann nur 20000 ℳ gegeben worden und er sei dadurch um 80000 Mark geschädigt worden. Als er dann von Weimann Abrechnung verlangte, und mit Prozessen drohte, habe dieser ihn angezeigt.

Millionenschaden durch Brand auf dem amerikanischen Flugplatz Mitchell-Field.

◇ **London**, 18. Nov. Ein Teil der Gebäude des Armee-Flugplatzes Mitchell-Field ist nach Berichten aus Newyork durch Feuer zerstört worden. Der Schaden wird auf eine halbe bis eine Million Dollar geschätzt. Die Flugzeuge selbst konnten gerettet werden; aber eine sehr große Anzahl von Motoren und große Mengen von Fallschirmseide wurde von den Flammen zerstört. Eine Reihe von Schuppen, in denen Propeller, Fallschirme und Batterien aufbewahrt wurden, sind vollständig ausgebrannt. Die Ursache des Feuers ist auf Kurzschluß zurückzuführen.

Unfall eines französischen Schnellzuges, 20 Reisende verletzt.

Paris, 18. Nov. Dem Matin wird aus St. Etienne gemeldet, daß ein aus Clermont Ferrand kommender Schnellzug gestern abend infolge falscher Weichenstellung im Bahnhof Boen-Sur-Lignan auf einen haltenden Güterzug aufgefahren ist. Drei Wagen wurden aus den Gleisen geschleudert. Etwa 20 Reisende sind mehr oder weniger schwer verletzt worden.

Berliner Karussell.

Franz Schubert, dessen hundertjährigen Todestag die musikalische Welt am 19. November feiert, wird auch die Stadt Berlin festlich begehen. Der unsterbliche Tondichter, den wohl heute jedes Kind kennt, war vor hundert Jahren in der preußischen Hauptstadt so gut wie unbekannt. Nur die beliebte Sängerin Anna Milder sang einiges von ihm, so z. B. 1825 zum ersten Male die „Forelle". Ein zeitgenössischer Kritiker schrieb darüber: „Dies lebendige, arginelle Lied von Schubert, einem hier nicht bekannten ausgezeichneten Komponisten in Wien, der auch mehrere Opern komponiert haben soll, erhielt durch den Vortrag der Mad. Milder einen hohen Reiz und mit Recht ausgezeichneten Beifall."

Diese Unbekanntheit Schuberts ist umso verwunderlicher, als Berlin von jeher eine sehr musikliebende Bevölkerung hatte und alle Künstler von Bedeutung, ihren Ehrgeiz darin sahen, vor diesem musikalischen Publikum aufzutreten. Es war damals schon wie heute, daß die Beurteilung eines Künstlers durch die Berliner Kritik maßgebend für alle anderen Städte war. Dadurch war es den Berlinern vergönnt, fast alle Herren der Tonkunst kennen zu lernen und sich an ihren Darbietungen zu begeistern.

So war z. B. Mozart mehrere Male Gast in Berlin. Als er das zweite Mal hier weilte, hörte er — man schrieb den 19. Mai 1789 — daß im Theater auf lautes Begehren gerade „Belmonte und Konstanze" (die „Entführung") gegeben werde. Stehenden Fußes, noch in seinen unförmigen Reisemantel gehüllt, eilte er aus seinem kleinen Gasthof in das Theater. Er blieb zunächst am Eingang des Parterres stehen, hörte aufmerksam zu, beifällig nickend oder unwillig tadelnd, brummend, mitsingend, drang aber allmählich immer mehr zum Orchester vor. Alles lächelte über diesen komischen Enthusiasten, den niemand kannte, und der seinerseits von dem Aufsehen, das er erregte, nicht das Geringste ahnte. Als an einer Stelle die zweiten Geigen fälschlich Dis spielten, konnte sich der Meister nicht beherrschen, sondern rief ganz laut: „Verflucht, wollt ihr D greifen!" Alles horchte auf, und nun ging es wie ein Lauffeuer durch das Theater und über die Bühne: „Das ist Mozart!" und der Meister mußte, wie er ging und stand, auf die Bühne.

Auch Beethoven stattete Berlin einen Besuch ab. Er kam 1796 dorthin und spielte auch einige Male bei Hofe; der König schenkte ihm eine goldene Dose (!). Ebenso ehrte ihn Prinz Louis Ferdinand. In der großen Oeffentlichkeit scheint man vom Meister der Töne wenig Notiz genommen zu haben, umso größer war die Popularität Karl Maria von Webers, dessen Oper „Freischütz" am 18. Juni 1821 im Berliner Opernhause „mit ungeheurem Erfolge" zum ersten Mal aufgeführt worden war.

Einzelne Melodien des wundervollen Werkes sang ganz Berlin, es waren richtige „Schlager", wie man heute sagen würde. Dazu gehörte z. B. das Lied: „Wir winden dir den Jungfernkranz." In seinen Briefen aus Berlin schrieb damals Heinrich Heine: „Wenn Sie vom Halleschen Tor bis zum Oranienburger Tor und vom Brandenburger Tor nach dem Königstor, ja, selbst wenn Sie am Unterbaum nach dem Köpenicker Tor gehen, hören Sie jetzt (1822) immer wieder und ewig dieselbe Melodie, das Lied aller Lieder: den „Jungfernkranz". Bin ich mit noch so guter Laune des Morgens aufgestanden, so wird doch gleich alle meine Heiterkeit fortgeärgert, wenn schon früh die Schuljugend den „Jungfernkranz" zwitschernd, bei meinem Fenster vorbeigeht. Es dauert keine Stunde und die Tochter meiner Wirtin steht auf mit ihrem „Jungfernkranz". Ich höre meinen Barbier den „Jungfernkranz" die Treppe herauf singen. Aus allen Häusern klingt er mir entgegen, jeder pfeift ihn mit eigenen Variationen, ja, ich glaube fest, daß die Hunde auf der Straße ihn bellen . . ."

Nach Weber begeisterten sich die musikliebenden Berliner an Giacomo Meyerbeer, an den Virtuosen Paganini und Liszt, an Albert Lortzing, dessen Lieder einen ähnlichen Wiederhall wie die Schöpfungen Webers fanden. „Auch ich war ein Jüngling im lopigen Haar" aus der Oper „Der Waffenschmied" und „Einst spielt ich mit Szepter, mit Krone und Stern" aus „Zar u. Zimmermann" — diese köstlichen Perlen Lortzing'scher Kunst eroberten sich alle Herzen; wie auch der „Jungfernkranz" so wurden die Lieder des allzu früh Dahingeschiedenen gesungen, gepfiffen und geblasen.

Richard Wagner, der mehrfach in Berlin war, fand dort anfänglich neben vieler Anerkennung keine so begeisterte Aufnahme bei den Berlinern, sondern stieß auf harte Widerstände. So war, um nur ein Beispiel anzuführen, der Kapellmeister an der Berliner Oper, Heinrich Dorn, ein ausgesprochener Gegner des Meisters von Bayreuth. Als er einmal den „Tristan" dirigieren mußte, eilte er nach der Generalprobe aus dem Opernhause ins Freie. In diesem Augenblick zog draußen die Schloßwache mit klingendem Spiel vorüber. Dorn blieb stehen, ein nachdenkliches Lächeln stahl sich auf seine Lippen und kopfnickend sagte er: „Gott sei Dank! Endlich wieder anständige Musik!" Später hat sich der Meister aber doch durchzusetzen verstanden und seine Musik ihn höchst populär gemacht bei den Berlinern. Davon eine kleine Probe:

Als Wagner einmal in der Nähe seines Berliner Hotels spazieren ging, hörte er eine Drehorgel auf einem Hofe den Hochzeitszug aus „Lohengrin" spielen. Er trat näher und sagte dem Hofkünstler, daß er die Kurbel zu schnell drehe. Dieser erwiderte: „Woher wissen Se denn det?" — „Nun, weil ich eben der Komponist bin, Richard Wagner." — „So, denn zeigen Se mir doch, wie ich drehen soll." Und Richard Wagner drehte . . . Als er einige Tage später den Mann wieder traf, leuchtete ihm von dessen Leierkasten ein Schild entgegen, das die Aufschrift trug: „Schüler von Richard Wagner."

Verantwortlich für den Hauptteil für Politik: Chefredakteur Dr. Karl Maier, Dortmund; für Feuilleton: Jos. Hom; für den provinziellen und vermischten Teil: Fritz Overbeck, Dortmund; für den allgemeinen Inseratenteil: J. Sibora, Münster i. W. Druck: „Zeno" Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland, G. m. b. H., Münster.

Nach kurzem Krankenlager verstarb heute morgen 7,30 Uhr unser Klubmitglied

Herr Fritz Jordemann.

Wir verlieren in ihm einen begeisterten Freund und Berater. Ein dankbares Gedenken werden wir ihm stets bewahren.

Dorsten, den 17. Nov. 1928.

Lotterieklub „Letzte Hoffnung".

Die Beerdigung ist Dienstag morgen 8,30 Uhr vom Trauerhause Marlerstraße 23 aus. Es ist Ehrensache jedes Mitgliedes, am Begräbnis teilzunehmen.



Statt besonderer Anzeige!

Heute morgen 7½ Uhr verschied infolge Schlaganfalles nach einem vorbildtätigen Leben, mit bewunderungswürdiger Geduld ertragener Krankheit, wiederholt gestärkt durch den Empfang der hl. Sakramente, unsere gute, liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter u. Tante

Frau Witwe Bernhard Börger

geb. Kock

im Alter von 83 Jahren.

Warendorf, Münster, Ahlen, d. 18. Nov. 28.

Im Namen der trauernden Angehörigen:

Familie Konrad Börger.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 21. November, morgens 8½ Uhr vom Ostttore aus, gleich darauf das feierliche Seelenamt in der alten Pfarrkirche.

Von Dienstag, den 20. November bis Donnerstag, den 22. November

fallen meine Sprechstunden aus

Dr. Etzler

Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten

Coesfeld.

EINE NOTWENDIGKEIT

Lieber zu bedeutend ermäßigten Preisen verkaufen, als meine kostbaren Warenbestände dem Verderben aussetzen ● Mein Geschäftslokal wird von A-Z renoviert ● Deshalb Verkauf feinster Modellkonfektion zu außergewöhnlich günstig. Preisen

MAX WESER

DORTMUND ♦ BETENSTRASSE 9

Rheder Volk

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Aemtern und Aemtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Nummer 3

Die

Beachtliche Re

Abrüstung

Trotz

weiter Verst

Von unserer

Der Reichstag hat

begonnen, die seinerzeit

der Septembertagung

den war. Zum erstenn

von schwerer Krankhei

Stresemann wiede

In kurzer und sachliche

dem gegenwärtigen Sta

unterstrich noch einmal,

Genf von den amtliche

schehen ist, die allgem

in der Räumungsf

reicht wurde, und hinz

tionsverhandlun

daß das Sachverständig

tatsächlichen Leistungsf

Als erster Parteire

den Deutschnationalen

litik einer heftigen Kri

Er wußte aber auch n

geben, wie die deutsche

tiver dirigiert werden

Rede hielt nach Westa

Kaas. Er wies zun

von einem Gegen

Stresemann, über

die Presse und politisch

nach und übte dann ein

der Sache aber gründli

bisherigen Außenpoliti

die Autorität der deut

kommenden Wochen un

sten Gang seit Versaille

gestärkt werden müsse,

Parlament ankomme, d

baren Erfolg geschaffen

ses Redners ließen im

man in seiner Fraktion

auf außenpolitischem G

rem Optimismus zu er

forderte er „Festhalten

und der Verteidigung

uns im Rheinland noc

der Gegenseite", sagte

der Räumungsfrage zu

verschleierte Abstriche

einlassen. Lieber

halbes Ja." Ebe

Sinne des ganzen deut

der endgültigen Repar

Belastung Deutschlands

und wirtschaftlichen Le

müsse. Die Rede fand

gierungsbank stärkste

Sodann sprachen n

mokraten und Dr. Br

Beide stimmten im w

Ministers zu und erkl

trumsvertreter, daß a

aller Enttäuschungen f

Eine vierstün

Re

Auf der Tagesordn

sitzung, die um 3 Uhr

Entgegennahme

regierung übe

Mit der außenpolit

Anträge der Bayerisch

nalen und der Demok

biet beziehen und ein

partei über die französi

Vor Eintritt in d

Frick (Nat. Soz), sei

entschließung zur Aus

Präsident Loebe

fall: „Es gereicht mir

heit genesenen Herrn

teilen zu dürfen."

Dann nahm

Reichsaußenm

das Wort und führte u

„Nach längerem erz

ersten Male wieder d

aktuellen Fragen der

Den für uns wichtige

bervölkerbundst

wohnen. Umsomehr fü

Dank dem Herrn

der, als mir die Teil

des Völkerbundes unm